

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ratsvorsitzender Stefan Becker

Ratsmitglied Katja Breuer

Ratsmitglied Martin Ehlers

Bürgermeisterin Ursula Glaser

Ratsmitglied Uwe Heinemann

Beigeordneter Stephan Hellwig

Ratsmitglied Michael Kunze

Ratsmitglied Hans-Jürgen Lietzmann

Ratsmitglied Helmut Möhle

Ratsmitglied Astrid Zaage

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Nurhayat Bakir

Ratsmitglied Al-Chafia Hammadi

Ratsmitglied Christina Heide

Beigeordneter Howard Jacques

Ratsmitglied Gesche Marxfeld

Beigeordneter Jörg Mückenwarf

Bürgermeister Uwe Reese

Ratsmitglied Detlef Schön

Ratsmitglied Sebastian Seidel

Ratsmitglied Kristian Stoermer

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ratsmitglied Georg Berner-Waindok

Ratsmitglied Antje Johanna Kloster

Ratsmitglied Petra Stomberg

Ratsmitglied Andreas Tönjes

Beigeordneter Michael von den Berg

Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis

Ratsmitglied Horst Dieter Walzner

Ratsmitglied Helga Weinstock

Mitglied FDP-Fraktion

Ratsmitglied Christian Ressel

Ratsmitglied Dr. Günther Schulte

Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglied AfD-Fraktion

Ratsmitglied Dr. Dr. Alfred Klinke-Mibert
Ratsmitglied Prof. Dr.-Ing. Lothar Preuß

Mitglied AfW-Fraktion

Beigeordneter Thorsten Moriß
Ratsmitglied Irina Moriß-Kappes

Mitglied Die Linke

Ratsmitglied Florian Wiese

Mitglied Freie Wähler

Ratsmitglied Andreas Lang

Dezernent

Erster Stadtrat Jens Stoffers
Stadtrat Oliver Leinert

von der Verwaltung

Leitung Referat 4 - Referat für Personal und Organisation Jens Müll
Leitung Referat 5 - Referat für Bürgerangelegenheiten und Recht Marion Winkel-Fiedelak
Fachbereichsleiterin 13 Julia Muth
Stellv. Fachbereichsleiter 20 Torben Müller
Fachbereich Kommunikation & Koordination Eugen Folkers
Fachbereich Rechnungsprüfungsamt Jörg Walkenhorst
Fachbereich Finanzen Jan Hülsemann
Fachbereich Feuerwehr Ingo Elmhorst

als Gast

Stellvertr. Ortsbürgermeister Thomas Lehmann

Protokollführer

Protokollführer Jan Bönisch

Es fehlte entschuldigt

Ratsmitglied Martin Harms

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

Einwohnerfragestunde auf Seite 17

B. Nichtöffentlicher Teil ab Seite 18

A. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

4	Aktuelle Stunde	
5	Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses	
6.1.1	Übernahme aller Anteile an der JadeWeserPort InfoCenter GmbH und anschließende Verschmelzung auf die Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH	281/2017
6.2.1	Umsetzung Radverkehrskonzept Route 111 Schulstraße, Route 150 Kirchreihe	222/2017
6.2.2	Bebauungsplan Nr. 163 Gewerbegebiete Güterstraße Aufstellungsbeschluss	312/2017
6.2.3	79. Änderung des Flächennutzungsplanes von 1973 -Sonderbaufläche Voslapp Süd / Östlich Flutstraße/Arthur-Grunewald-Straße-, Aufstellungsbeschluss	315/2017
6.2.4	Bebauungsplan Nr.97 (vorhabenbezogen)/ Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 23 (VEP 023) -Östlich Flutstraße / Arthur-Grunewald-Straße-Aufstellungsbeschluss	316/2017
6.3.1	Zweckvereinbarung zur Gewährleistung des Brandschutzes und der Hilfeleistung im Bereich Klein Westerhausen durch die Ortsfeuerwehr Sillenstede der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Schortens	217/2017
6.3.2	Einführung einer WarnApp für die Bevölkerung der Stadt Wilhelmshaven	314/2017
6.3.3	Neunutzung der Flusseeeschwalben-Beobachtungsstation	193/2017
6.4.1	Wirtschaftsplan GGS 2018	274/2017
6.5.1	Eigentumsübertragung "Neue Maadebrücke Helderei"	301/2017
6.5.2	Jahresabschluss 2016 Technische Betriebe Wilhelmshaven	302/2017
6.5.3	Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung in der Stadt Wilhelmshaven (Abfallgebührensatzung) vom 29.06.2005 in der Fassung vom 19.10.2016	303/2017
6.5.4	Satzung über die Erhebung von Gebühren für die städtischen Friedhöfe der Stadt Wilhelmshaven	304/2017
7	Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten	
8	Einwohnerfragestunde	

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Becker eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Oberbürgermeister Wagner informierte, dass der **Tagesordnungspunkt 6.2.2** „Bebauungsplan Nr. 163 Gewerbegebiete Güterstraße - Aufstellungsbeschluss“ (Vorl.-Nr. 312/2017) **zurückgezogen** werde. Er informierte weiter, dass die Verwaltung bereits intensive Gespräche im Rahmen der Wirtschaftsförderung geführt habe und noch weitere Optionen bestünden, die man evtl. in den Bebauungsplan einbeziehen werde. Die Beschlussvorlage werde wieder auf die Tagesordnung gesetzt, nachdem die Gespräche zur Wirtschaftsförderung abgeschlossen seien.

Die Tagesordnung wurde daraufhin in der **geänderten Form** festgestellt.

- 3 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 16.08.2017 soweit vorliegend.

Das Protokoll über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 16.08.2017 lag nicht vor.

- 4 Aktuelle Stunde

Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde lagen nicht vor.

- 5 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Es bestand kein Informationsbedarf.

- 6 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

- 6.1 Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft (Ratsfrau Breuer)

- 6.1.1 Übernahme aller Anteile an der JadeWeserPort InfoCenter GmbH und anschließende Verschmelzung auf die Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH **281/2017**

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 13.11.2017 vor.

Herr Dr. von Teichman betonte, dass das JadeWeserPort-InfoCenter ein wichtiger Bestandteil für die Imagekampagne zum Wilhelmshavener Hafen sei. Er kritisierte, dass die neue Ausstellung erst im Jahr 2019 eröffnet werden solle und appellierte an die Verwaltung, diese bereits im Frühjahr 2018 zu eröffnen sowie die Konzeption der Ausstellung nach außen zu vergeben. Es sollte vermieden werden, dass Verluste in einem weiteren Jahr geschrieben würden.

Oberbürgermeister Wagner informierte, dass die Ausstellung ohnehin nach außen vergeben werden müsse, weil weder die Verwaltung noch die WTF über die Expertise für die Konzeption der Ausstellung des InfoCenters verfügen würden. Zudem müsse davon ausgegangen werden, dass mittel- bzw. langfristig Verluste mit dem JadeWeserPort-InfoCenter geschrieben würden.

Sowohl **Herr Jacques** als auch **Herr von den Berg** signalisierten, dass die SPD-Fraktion sowie die Gruppe GrünUnabhängigSozial der Beschlussvorlage zustimmen werden. **Herr von den Berg** widersprach **Herrn Dr. von Teichman**, der für eine Eröffnung der neuen Ausstellung im Frühjahr 2018 plädierte. Er verwies auf eine Aussage von der ehemaligen Kunsthallenleiterin Frau Dr. Weigel, dass allgemein bis zur Eröffnung einer neuen Ausstellung eine ca. 2-jährige Vorbereitungszeit erforderlich sei. Er äußerte, dass die Gruppe GrünUnabhängigSozial die neue Ausstellung trotz Verlustschreibung in den nächsten Jahren als touristische Attraktivität in der Stadt begrüßen werde, die Umsatzsteigerungen, erhöhte Steuereinnahmen sowie die Schaffung neuer Arbeitsplätze ermöglichen könne.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 1 Nein-Stimme von Herrn Walzner, Gruppe GrünUnabhängigSozial)

1. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Erwerb aller Geschäftsanteile an der JadeWeserPort-InfoCenter GmbH zum 01.01.2018 zu einem Kaufpreis von je 1,00 € zu. Im Einzelnen handelt es sich um folgende Geschäftsanteile:

- JadeWeserPort-Marketing
GmbH & Co. KG EUR 35.000,00 50,00 %
- Landkreis Friesland EUR 10.000,00 14,29%
- Landkreis Wesermarsch EUR 5.000,00 7,14%
- Landkreis Wittmund EUR 5.000,00 7,14%

Die Verwaltung wird beauftragt, alle notwendigen Maßnahmen zur Umsetzung zu treffen und entsprechende Beschlüsse in den zuständigen Gremien herbeizuführen.

2. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der Nachbewilligung gemäß § 117 NKomVG zur Einzahlung in die Kapitalrücklage der JadeWeserPort-InfoCenter GmbH in Höhe von 75.000 € zu.

3. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der Verschmelzung (im Sinne des Umwandlungsgesetzes) der JadeWeserPort-InfoCenter GmbH auf die Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH in 2018 rückwirkend zum 01.01.2018 zu. Die Verwaltung wird beauftragt, alle notwendigen Maßnahmen zur Umsetzung zu treffen und entsprechende Beschlüsse in den zuständigen Gremien herbeizuführen.

4. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der Nachbewilligung gemäß § 117 NKomVG zur Deckung von Grunderwerbsteuer im Zusammenhang mit dem Anteilskaufs in Höhe von 27.000 € zu.

5. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der Bestellung von Michael Diers zum Geschäftsführer der JadeWeserPort-InfoCenter GmbH mit Wirkung zum 01.01.2018 zu.

6. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der Abberufung von Herrn Michael Diers als Aufsichtsrat mit Wirkung zum Ablauf des 31.12.2017 zu, sowie der Bestellung von Frau Marion Winkel-Fiedelak, Herrn Jörg Valnion und Frau Silke Vogelbusch (Erste Kreisrätin – Landkreis Friesland) zu Aufsichtsratsmitgliedern nach dem 01.01.2018.
7. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der Wirtschaftsplanung der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH für den Betrieb des InfoCenters für die Jahre 2018 und 2019 (Anlage 1) zu.
8. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der Nachbewilligung gemäß § 117 NKomVG zur Deckung von Beratungsleistungen und Notarkosten im Zusammenhang mit dem Anteilskauf und der Verschmelzung in Höhe von 30.000 € zu.

6.2 Ausschuss für Planen und Bauen (Ratsherr Schön)

6.2.1 Umsetzung Radverkehrskonzept Route 111 Schulstraße, Route 150 Kirchreihe **222/2017**

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 07.11.2017 vor.

Herr Leinert wies darauf hin, dass im Ausschuss für Planen und Bauen ausgiebig über die Beschlussvorlage beraten worden sei. Es wurde eine kontroverse Diskussion darüber geführt, ob der Ausbau der Schulstraße zur Radverkehrsstraße sinnvoll sei und ob die Nord-Süd-Trasse alternativ im Brommygrün errichtet werden könnte. Zum Ausbau der Schulstraße zur Radverkehrsstraße äußerte die Polizei aufgrund der vielen Einmündungen und Anlieger Bedenken. Die Beschlussvorlage der Verwaltung lautet nunmehr wie folgt:

„Der Rat der Stadt Wilhelmshaven nimmt die weitere Umsetzung des Radverkehrskonzeptes zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der weiteren Planung ~~und Umsetzung~~ der Route 111 Schulstraße/Brommygrün-Mozartstraße (Nord-Süd-Veloroute) und Route 150 Kirchreihe (Ost-West-Veloroute) als Fahrradstraße.“

Herr Dr. von Teichman vertrat die Auffassung, dass die Errichtung der Fahrradstraßen nicht erforderlich sei. Es müsse zunächst geprüft werden, ob zum einen auf den geplanten Straßen eine überwiegende Nutzung durch die Radfahrer erfolge, und zum anderen, ob und wie der Autoverkehr bspw. für Anlieger in Querstraßen anders geführt werden könne. Er erklärte, dass die FDP-Fraktion der Beschlussvorlage nicht zustimmen werde.

Oberbürgermeister Wagner wies darauf hin, dass im Brommygrün weniger KFZ-Verkehr als Radverkehr vorzufinden und daher die Errichtung einer Fahrradstraße geeignet sei.

Herr Walzner sprach sich gegen die Errichtung der Route 111 Schulstraße aus. Die Route Brommygrün-Mozartstraße dagegen stufe er als geeignete Fahrradstraße ein.

Herr Hellwig und **Herr Jacques** signalisierten, dass sie der Beschlussvorlage zustimmen werden.

Herr Dr. Schulte merkte an, dass über die Planung einer Fahrradstraße abgestimmt werde, im Ausschuss für Planen und Bauen habe er es jedoch so aufgefasst, dass Überlegungen dahingehend getroffen würden, welche Fahrradroute hinsichtlich der Nord-Süd-Trasse geeigneter sei. Er beantragte die Streichung des Wortes Fahrradstraße in der Beschlussvorlage, weil es dahingehend missverständlich sein würde, dass keine Abstimmung über Alternativrouten im Nord-Süd-Bereich erfolge.

Oberbürgermeister Wagner schlug daraufhin vor, dass das Wort Fahrradstraße in der Beschlussvorlage durch das Wort Fahrradroute ersetzt werde.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven nimmt die weitere Umsetzung des Radverkehrskonzeptes zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der weiteren Planung der Route 111 Schulstraße/Brommygrün-Mozartstraße (Nord-Süd-Veloroute) und Route 150 Kirchreihe (Ost-West-Veloroute) als **Fahrradroute**.

6.2.2 Bebauungsplan Nr. 163 Gewerbegebiete Güterstraße **312/2017**
Aufstellungsbeschluss

Zurückgezogen

6.2.3 79. Änderung des Flächennutzungsplanes von 1973 -Sonderbaufläche **315/2017**
Voslapp Süd / Östlich Flutstraße/Arthur-Grunewald-Straße-,
Aufstellungsbeschluss

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 07.11.2017 vor.

Herr Dr. von Teichman trug den **Änderungsantrag der FDP-Fraktion** vor und begründete diesen anschließend:

„Der Rat möge beschließen:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ergänzt:

Die Planung ist so vorzunehmen, dass die bestehende Grünfläche im nördlichen Bereich des Gebietes nicht oder nur unwesentlich in Anspruch genommen wird.“

Herr Leinert informierte, dass mit dem geplanten Neubau die Verkaufsfläche von 800 qm auf 1.300 qm vergrößert werden solle. Der Rat werde in der heutigen Sitzung den Aufstellungsbeschluss beschließen. Mit diesem beginne das Planvorhaben, wobei ohnehin die Umweltbelange im Rahmen einer Abwägung durch die Untere Naturschutzbehörde berücksichtigt würden.

Herr von den Berg erklärte, dass seine Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion zustimmen werde. Grundsätzlich sollte allen Discounter ermöglicht werden, dass sie sich vergrößern können. Jedoch sollen keine weiteren Grünflächen versiegelt bzw. vernichtet werden; er bat darum, dass neue Entsiegelungsflächen geschaffen würden.

Herr Hellwig signalisierte, dass die Gruppe CDU/WBV der Beschlussvorlage zustimmen werde. Die wesentlichen Bestandteile der Grünfläche sowie die Baumreihen entlang der Straßen würden bestehen bleiben.

Herr Prof. Dr. Preuß machte deutlich, dass die AfD-Fraktion und AfW-Fraktion der Beschlussvorlage nicht zustimmen werden.

Herr Tönjes signalisierte, dass „Die FRAKTION“ der Beschlussvorlage nicht zustimmen werde.

Herr Dr. Schulte kritisierte, dass eine Grünfläche i.H.v. 3.600 qm geopfert werde, obwohl es Alternativmöglichkeiten für eine Vergrößerung der Verkaufsfläche geben würde, die lediglich mit höheren Kosten verbunden seien.

Herr Walzner wies darauf hin, dass er der Beschlussvorlage folgen werde.

Der von Herrn Dr. von Teichman eingebrachte **Änderungsantrag der FDP-Fraktion** wurde bei 16 Ja-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt**.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 15 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 3 des Gesetzes vom 20. Juli 2017 (BGBl. I S. 2808) geändert worden ist, die Aufstellung der 79. Änderung des Flächennutzungsplanes von 1973 –Sonderbaufläche Voslapp Süd / Östlich Flutstraße / Arthur-Grunewald-Straße-. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

6.2.4 Bebauungsplan Nr.97 (vorhabenbezogen)/ Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 23 (VEP 023) - Östlich Flutstraße / Arthur-Grunewald-Straße- Aufstellungsbeschluss **316/2017**

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 07.11.2017 vor.

Herr Dr. von Teichman erklärte, dass der Änderungsantrag der FDP-Fraktion, der auch zum vorherigen Tagesordnungspunkt 6.2.3 vorgetragen wurde, trotz mehrheitlicher Ablehnung im Rat nicht zurückgezogen werde. Er bat, dass dies im Protokoll aufgenommen werde.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 16 Nein-Stimmen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 3 des Gesetzes vom 20. Juli 2017 (BGBl. I S. 2808) geändert worden ist, die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 97 (vorhabenbezogen)/ Vorhaben- und Erschließungsplans Nr. 23 (VEP 023) -Östlich Flutstraße / Arthur-Grunewald-Straße-. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

6.3 Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz
(Ratsfrau Kloster)

6.3.1 Zweckvereinbarung zur Gewährleistung des Brandschutzes und der Hilfeleistung im Bereich Klein Westerhausen durch die Ortsfeuerwehr Sillenstede der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Schortens **217/2017**

Frau Kloster trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz vom 01.11.2017 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Mit der Stadt Schortens wird die als Anlage beigefügte „Zweckvereinbarung zur Gewährleistung des abwehrenden Brandschutzes und der Hilfeleistung in dem Bereich Klein Westerhausen durch die Ortsfeuerwehr Sillenstede der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Schortens“ getroffen.

6.3.2 Einführung einer WarnApp für die Bevölkerung der Stadt Wilhelmshaven **314/2017**

Frau Kloster trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz vom 01.11.2017 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Das Warn- und Informationssystem BIWAPP soll für die Stadt Wilhelmshaven eingeführt werden und die entsprechende App den Bürgern zur Verfügung gestellt werden.

6.3.3 Neunutzung der Flusseeschwalben-Beobachtungsstation**193/2017**

Frau Kloster trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz vom 01.11.2017 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt beschließt die Neunutzung der Flusseeschwalben-Beobachtungsstation zur Schaffung einer Beobachtungsmöglichkeit einer Flusseeschwalben-Kolonie mit Ausstellung über biologische Vielfalt und Bedeutung der Forschung für ihren Schutz.

6.4 Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude (Ratsherr Möhle)6.4.1 Wirtschaftsplan GGS 2018**274/2017**

Herr Möhle trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Grundstücke und Gebäude vom 09.11.2017 vor.

Frau Weinstock trug folgenden **Änderungsantrag der Gruppe GrünUnabhängigSozial** vor und begründete diesen anschließend:

„Für die energetische Sanierung der Marion-Dönhoff-Schule, die erst zu 20 % abgeschlossen ist, wird eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 500.000 Euro für das Jahr 2019 in den Wirtschaftsplan eingestellt. Welcher Betrag für die Folgejahre eingestellt werden muss, ist dann zu entscheiden.“

Sie brachte für die **Gruppe GrünUnabhängigSozial** einen **weiteren Änderungsantrag** ein und begründete diesen im Anschluss:

„Die im Wirtschaftsplan erstmalig eingestellten 200.000 € für die Sanierung der Schulhöfe wird verdoppelt auf 400.000 €.“

Oberbürgermeister Wagner wies darauf hin, dass mit dem ersten Änderungsantrag der Gruppe GrünUnabhängigSozial eine Verpflichtungsermächtigung i.H.v. 500.000 € erst für das Jahr 2019 in den Wirtschaftsplan eingestellt werden solle. Der Rat beschließe jedoch den Wirtschaftsplan für das Jahr 2018.

Herr Dr. von Teichman brachte für die **FDP-Fraktion** folgenden **Änderungsantrag** ein und begründete diesen anschließend:

„Der FiWi und der Rat mögen beschließen:

Der Wirtschaftsplan GGS wird wie folgt geändert:

- 1. Die Position 1117061801 (Sportpark Friedenstraße Kunstrasen für Hockey) wird gestrichen (570.000 €),*
- 2. Die Position 1117111801 (Fortsetzung Rundweg Banter See) wird gestrichen (50.000, VE 150.000 €),*
- 3. Die Position 1117031501 (Neubau FW Fedderwarden) wird in 2018 mit 400.000 und in 2019 mit 350.000 € aufgenommen,*

4. Die Position 1117171901 (Stadtbibliothek, Erweiterung und Umbau Jugendbereich) wird in 2018 mit 350.000 € aufgenommen.“

Herr Jacques kritisierte, dass der Änderungsantrag der Gruppe GrünUnabhängigSozial zur energetischen Sanierung der Marion-Dönhoff-Schule nicht rechtzeitig zur Verfügung gestellt worden sei, um diesen innerhalb der Fraktion zu beraten. Er appellierte an Frau Weinstock, dass der Änderungsantrag zurückgezogen und für den Wirtschaftsplan 2019 berücksichtigt werde. Er rief zudem die Ratsmitglieder dazu auf, dass sie ein klares Bekenntnis zum Neubau der Feuerwehr Fedderwarden abgeben sollen.

Frau Kloster machte darauf aufmerksam, dass in der Ortsratssitzung am 09.11.2017 Änderungen für den Wirtschaftsplan GGS einstimmig beschlossen wurden und trug den entsprechenden **Änderungsantrag** im Namen Bündnis 90 / Die Grünen vor:

„Der Rat möge beschließen:

Der Wirtschaftsplan GGS wird wie folgt geändert:

- 1. Die Position 5417401502 B-Plan 191 Bauens 541740.787211 B-Plan 191 wird gestrichen (150.000 €),*
- 2. Die Position 1117031501 FW Fedderwarden, Neubau aus 2017 (50.000,00 €) wird in das Jahr 2018 übertragen,*
- 3. **Die Position 1117031501 FW Fedderwarden, Neubau** (400.000€ in 2019 sowie 350.000 € in 2020) **wird auf die Jahre 2018 und 2019 vorverlegt.**“*

Der **stellvertretende Ortsbürgermeister Herr Lehmann** warf die Frage auf, ob die Entwässerung eines weiteren Gewerbegebietes für 150.000 € sinnvoll sei und nicht stattdessen der Fokus im Jahr 2018 auf den Neubau der Feuerwehr Fedderwarden gesetzt werden sollte. Er berichtete, dass die Feuerwehrunfallkasse (FUK) im Jahr 2005 nicht unerhebliche Mängel bei der Freiwilligen Feuerwehr Fedderwarden dokumentiert habe, insbesondere der Sanitärbereich sei nicht mehr zeitgemäß. Er verwies auf einen Zeitungsartikel zur Ortsratssitzung vom 22.05.2008, aus dem hervorginge, dass der Fachbereichsleiter der Feuerwehr, Herr Lutter, zugesagt habe, den Sozialtrakt im Jahr 2009 den Anforderungen der FUK entsprechend zu verändern. Er kritisierte, dass jedoch bisher keine Maßnahmen ergriffen worden seien.

Herr Leinert appellierte an die Ratsmitglieder, den Änderungsantrag von Bündnis 90 / Die Grünen nicht zuzustimmen. Er informierte, dass der Neubau der Feuerwehr Fedderwarden im Jahr 2019 starten solle und führte als Begründung auf, dass zunächst die Bunte Wache im Norden hergestellt werde und anschließend die Ingenieurressourcen für den Neubau der Feuerwehr Fedderwarden verwendet würden. Finanzielle Ressourcen würden hierbei keine Rolle spielen. Die FUK habe zudem die Auflage erteilt, dass der Baubeginn der Feuerwache Nord in 2018 erfolgen müsse; für den Neubau der Feuerwehr Fedderwarden dagegen gäbe es keine solche Auflage der FUK.

Herr von den Berg wies darauf hin, dass der Änderungsantrag der Gruppe GrünUnabhängigSozial hinsichtlich der Verpflichtungsermächtigung i.H.v. 500.000 € für das Jahr 2019 zur energetischen Sanierung der Marion-Dönhoff-Schule in dem Wirtschaftsplan 2018 aufgenommen werden solle. Mit der beantragten Sanierung der Schulhöfe i.H.v. 400.000 € werde das Ziel verfolgt, möglichst viele versiegelte Schulhöfe zu entsiegeln.

Herr Hellwig erinnerte daran, dass GGS nicht mehr als 10 Mio. € verbauen könne. Er zeigt sich erstaunt darüber, dass der Wirtschaftsplan im Schulausschuss einstimmig beschlossen worden sei und nun im Rat eine kontroverse Diskussion geführt werde.

Frau Kloster merkte an, dass lediglich eine hinfällige Ideenskizze aus dem Jahr 2014 vorläge und bisher keine Planung in Abstimmung mit dem Ortsrat und der Freiwilligen Feuerwehr erfolgt sei.

Herr Leinert entgegnete, dass sehr wohl eine Planung vorgenommen wurde, die zusammen mit der Feuerwehr erarbeitet wurde, jedoch noch aktualisiert werden müsse.

Herr Dr. von Teichman kritisierte den geplanten Hockeykunstrasenplatz im Sportpark Friedenstraße mit einem Kostenvolumen i.H.v. 570.000 €. Er äußerte, dass die Erweiterung und der Umbau des Jugendbereiches in der Stadtbibliothek eine höhere Priorität besäße als der Ausbau des Rundweges Banter See.

Herr Leinert erinnerte daran, dass der Rat seinerzeit mehrheitlich die Fortsetzung des Rundweges Banter See beschlossen habe.

Herr Moriße erklärte, dass die AfW-Fraktion dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion zustimmen werde und der Neubau für die Feuerwehr Fedderwarden höhere Priorität besäße als der Hockeykunstrasenplatz, der erst nach Fertigstellung des Neubaus erstellt werden sollte.

Frau Bakir verwies auf die Aussage von Herrn Leinert, dass der Neubau der Feuerwehr Fedderwarden nicht bereits im Jahr 2018 erfolgen könne, wenn keine Ingenieursressourcen zur Verfügung stünden.

Herr Dr. Schulte erklärte, dass mit dem gestellten Änderungsantrag der FDP-Fraktion Prioritäten gesetzt werden sollen.

Frau Weinstock äußerte, dass der Antrag der Gruppe GrünUnabhängigSozial hinsichtlich der energetischen Sanierung der Marion-Dönhoff-Schule in der Ratssitzung im Dezember behandelt werden solle. **Herr von den Berg zog daraufhin diesen Antrag zurück.**

Der **Änderungsantrag der Gruppe GrünUnabhängigSozial hinsichtlich der Sanierung der Schulhöfe** wurde bei 14 Ja-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt**.

Der **Änderungsantrag der FDP-Fraktion** wurde bei 11 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen **mehrheitlich abgelehnt**.

Der von Frau Kloster eingebrachte **Änderungsantrag von Bündnis 90 / Die Grünen** wurde bei 14 Ja-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt**.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 8 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen)

Der Wirtschaftsplan 2018 des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (GGG) wird in der vorliegenden Fassung beschlossen. Kreditaufnahmen sind in Höhe von 9.171.300 € vorgesehen. Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 5.364.600 € festgesetzt.

6.5 Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven
[Beigeordneter von den Berg]

6.5.1 Eigentumsübertragung "Neue Maadebrücke Helderei" **301/2017**

Herr von den Berg trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 03.11.2017 vor.

Auf die Frage von **Herrn von den Berg**, ob die Folgekosten für die Bewirtschaftung des Bauwerkes von der Stadt getragen werden müssen und ob dies im Vertrag fixiert werde, erklärte **Herr Leinert**, dass bis zu einer Belastung von 40 Tonnen die Kosten von der Stadt übernommen werden müssen. Darüber hinaus würden die Kosten von dem Brückengeber übernommen. Die Details hierzu würden vertraglich fixiert werden.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(1 Nein-Stimme: Herr Tönjes, Gruppe GrünUnabhängigSozial; 2 Enthaltungen: Frau Kloster und Frau Weinstock, beide Gruppe GrünUnabhängigSozial)

Die Stadt Wilhelmshaven übernimmt das Bauwerk „Neue Maadebrücke Helderei“ vom Erdölbevorratungsverband, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Jungfernstieg 38, 20354 Hamburg, in Verbindung mit der Nord-West Kavernengesellschaft mbH, Ostfriesenstraße 100, 26388 Wilhelmshaven, zum 01.03.2017. Die Herstellkosten des Bauwerkes betrugen ca. 860 Tsd. Euro. Die Übernahme erfolgt für die Stadt Wilhelmshaven kostenfrei. Ein Kaufpreisentgelt oder dergleichen ist nicht zu zahlen. Die Verwaltung wird ermächtigt, die Details der kostenfreien Übernahme vertraglich zu fixieren.

6.5.2 Jahresabschluss 2016 Technische Betriebe Wilhelmshaven **302/2017**

Herr von den Berg trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 03.11.2017 vor.

Herr Dr. von Teichman wies darauf hin, dass die Stadt den Technischen Betrieben Wilhelmshavens 25 Mio. € in Form von Ausgleichszahlungen schulde. Die Eigenkapitalverzinsung i.H.v. 2,4 Mio. € ergäbe sich aus den finanziellen Mitteln der Bürger. Er berichtete, dass im Gebührenbereich eine Überdeckung i.H.v. 3,3 Mio. € vorläge. Diese müsse nach Ausführungen des Kommunalabgabengesetzes in den nächsten Jahren ausgeglichen werden, weil TBW laut Gesetz keine Gewinne erzielen dürfe.

Er regte an, ob nicht künftig die Prüfung des Jahresabschlusses durch das RPA erfolgen könne, da für die Erstellung des Prüfberichtes 40.000 € gezahlt worden seien. Er kritisierte, dass kleinere und unaufschiebbare Schäden im Bereich der Straßen, Plätze, Rad- und Gehwege nicht, wie im Bericht beschrieben, durch eigenes Fachpersonal fachgerecht behoben würden. Im Stadtgebiet seien massenhaft Löcher in den Straßen. Er forderte, dass hier Abhilfe geschaffen werde.

Oberbürgermeister Wagner entgegnete, dass sich die Kritik von Herrn Dr. von Teichman auf große Schäden beziehen würde.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Der Jahresabschluss der Technischen Betriebe Wilhelmshaven (TBW) zum 31.12.2016 wird gemäß Abschlussprüfung der PricewaterhouseCoopers AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, mit einem Jahresgewinn von 2.701.814,34 € beschlossen (festgestellt).
2. Der Lagebericht wird gleichfalls festgestellt.
3. Gemäß § 33 der Niedersächsischen Eigenbetriebsverordnung wird der Betriebsleitung Entlastung erteilt.
4. Von dem Jahresgewinn werden zur Verbesserung der Eigenkapitalausstattung und zur Finanzierung von Investitionen 229.814,34 € in die allgemeine Rücklage eingestellt sowie 2.472.000 € zur Verzinsung des Eigenkapitals ausgeschüttet.

6.5.3 Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung in der Stadt Wilhelmshaven (Abfallgebührensatzung) vom 29.06.2005 in der Fassung vom 19.10.2016 **303/2017**

Herr von den Berg trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 03.11.2017 vor.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

(1 Nein-Stimme: Herr Ressel, FDP-Fraktion; 1 Enthaltung: Herr Dr. von Teichman, FDP-Fraktion)

Der Rat beschließt die anliegende "Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung in der Stadt Wilhelmshaven (Abfallgebührensatzung) vom 29.06.2005 in der Fassung vom 19.10.2016".

6.5.4 Satzung über die Erhebung von Gebühren für die städtischen Friedhöfe der Stadt Wilhelmshaven **304/2017**

Herr von den Berg trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 03.11.2017 vor.

Auf Nachfrage von **Herrn Tönjes**, ob künftig auf einen Ratsbeschluss verzichtet werden könne, wenn keine Änderungen in der Satzung vorgenommen werden müssten, erklärte **Oberbürgermeister Wagner**, dass die Verwaltung den jährlichen Beschluss des Rates als rechtssicherer bewerte.

Herr Dr. von Teichman machte darauf aufmerksam, dass sich die Friedhofskultur aufgrund der hohen Kosten, die mit einem Begräbnis zusammenhängen, inzwischen verändert habe und vermehrt anonyme Urnengräber errichtet würden. Dies habe zur Folge, dass künftig weniger Gebühren eingenommen würden. Als möglichen Einsparfaktor führte er die jährlich durchgeführte Überprüfung der Gräber auf ihre Standsicherheit auf, die er als obsolet einstufe. Er regte an, dass die Kostenstruktur im Betriebsausschuss überprüft werde.

Herr von den Berg widersprach Herrn Dr. von Teichman, dass die Veränderungen hinsichtlich der Friedhofskultur nicht nur finanziell bedingt seien, sondern diese auch generationsbedingt herbeigeführt würden. Er äußerte, dass im Betriebsausschuss über die Situation hinsichtlich der städtischen Friedhöfe beraten werden müsse, eine Senkung der Gebühren könne er jedoch nicht versprechen.

Herr Jacques wies darauf hin, dass ausreichend Grünflächen für Begräbnisse im Stadtgebiet vorlägen, jedoch würden vermehrt Seebestattungen durchgeführt werden.

Herr Dr. Dr. Klink-Mibert empfahl, die Kostenstruktur zu überprüfen und die Gebühren entsprechend zu ändern.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

(bei 2 Enthaltungen: Herr Dr. von Teichman und Herr Ressel, beide FDP-Fraktion)

Der Rat beschließt, die Gebührensätze der „Änderungssatzung über die Erhebung von Gebühren für die städtischen Friedhöfe der Stadt Wilhelmshaven in der Fassung vom 26.11.2015“ für das Jahr 2018 nicht zu ändern.

7 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Herr Stoffers informierte, dass soeben eine Mitteilung vom Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport eingegangen sei, die sich auf einen Erlass beziehe, der an alle Ausländerbehörden in Niedersachsen gerichtet sei. Ferner handele es sich um die lageangepasste Wohnsitzregelung mit Evaluierungsklausel bei anerkannten und aufgenommenen Flüchtlingen nach § 12 Abs. 4 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG).

Er zitierte: „Nach dem Erlass ist derzeit davon auszugehen, dass die materiellen Voraussetzungen des § 12 Abs. 4 AufenthG für das Gebiet Salzgitter vorliegen und ab sofort ist der Erlass auch für die Gebiete der Stadt Delmenhorst und der Stadt Wilhelmshaven entsprechend anwendbar. Die zu erteilende Aufenthaltserlaubnis ist daher im Regelfall mit der Auflage zu versehen, dass die Wohnsitzaufnahme bis zu drei Jahren ab der Flüchtlingsanerkennung nur im Gebiet des Landes

Niedersachsen, nicht aber in den Städten Delmenhorst, Salzgitter und Wilhelmshaven erlaubt ist. Eine Ausländerin oder ein Ausländer, die oder der der Verpflichtung nach § 12a AufenthG unterliegt, kann zur Vermeidung von sozialer und gesellschaftlicher Ausgrenzung für maximal drei Jahre verpflichtet werden, ihren oder seinen Wohnsitz nicht an einem bestimmten Ort zu nehmen, insbesondere wenn zu erwarten ist, dass die Ausländerin oder der Ausländer deutsch dort nicht als wesentliche Verkehrssprache nutzen wird. Die Gefahr sozialer und gesellschaftlicher Ausgrenzung besteht hinsichtlich der Stadt Wilhelmshaven bereits angesichts der Vielzahl von Flüchtlingen, die ihren Wohnsitz in Wilhelmshaven innehaben. Bei den noch zu erwartenden Flüchtlingen ist diese Gefahr besonders groß, weil sie bereits gefügte Strukturen der jeweiligen Heimatnation vorfinden, die eine Partizipation und Teilhabe in der aufnehmenden Gesellschaft aus verschiedenen Gründen erschweren.“

Herr Stoffers wies darauf hin, dass die Stadt Wilhelmshaven im Vorfeld einen entsprechenden Antrag beim Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport zum Erlass einer negativen Wohnsitzauflage gestellt habe und diesem hiermit gefolgt worden sei.

Oberbürgermeister Wagner verwies auf den heutigen Bericht in der Wilhelmshavener Zeitung, aus dem hervorgehe, dass der Allgemeine Wirtschaftsverband Jade (AWV) die Hauptverwaltungsbeamten am vergangenen Samstag zu einem Gespräch eingeladen habe und der Oberbürgermeister aus privaten Gründen nicht daran teilnehmen konnte. Er zeigte sich erstaunt darüber, dass aus der Zeitung zu entnehmen war, dass sich der AWV intensiv um eine Terminabstimmung mit ihm bemüht habe. Er betonte, dass es nicht der Wahrheit entspräche, er habe keine Bereitschaft für eine Terminabstimmung gezeigt. Entgegen der Darstellung in der Presse habe er den Organisatoren bereits eine Woche nach Eingang der Einladung mitgeteilt, dass er nicht an dem Termin teilnehmen könne und zugleich darum gebeten, dass solch wichtige Termine auch im Vorfeld mit ihm abgestimmt würden. Der AWV habe erstmals am 06.09.2017 angefragt, an welchen zwei Samstagsterminen der Oberbürgermeister teilnehmen könne. Am 07.09.2017 wurde seitens des AWV telefonisch mitgeteilt, dass der Termin nach Absprache mit den anderen Hauptverwaltungsbeamten am 11.11.2017 stattfinden werde und der Alternativtermin hinfällig sei. Er äußerte, dass er daraufhin den Termin abgesagt und darum gebeten habe, dass Alternativtermine zur Verfügung gestellt würden. Diesem Wunsch kam der AWV jedoch nicht nach. Mit Michael Diers habe im Übrigen sehr wohl ein Vertreter der Stadt teilgenommen.

Ein Mitarbeiter des AWV soll zudem ein Dossier bei der Veranstaltung des AWV in Umlauf gegeben haben. Laut diesem sei erstmals am 14.08.2017 ein Schreiben des AWV beim Oberbürgermeister eingegangen. Er erklärte, dass im Vorzimmer ein Posteingangsbuch geführt werde und nach heutiger Überprüfung sei dieses Schreiben nicht in dem Buch aufgeführt. Der Eingang könne also nicht bestätigt werden. Weiterhin seien in dem Dossier Telefonate ab Mitte August 2017 aufgeführt, die zu einer Terminfindung mit dem Oberbürgermeister geführt haben sollen. Er wies darauf hin, dass die Mitarbeiterin der Stadt, die angeblich mit dem AWV gesprochen habe, zu den genannten Zeitpunkten im Urlaub gewesen sei.

8 Einwohnerfragestunde

Da weder Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde, noch Fragen zur Tagesordnung vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

B. Nichtöffentlicher Teil